Titelthema; Demokratie lernen | Demokratische Schulentwicklung und Prävention gegen Rechtsextremismus
Category: HLZ

Vom: 29.03.12

In vielen Debatten und Veröffentlichungen wird eine ?demokratische Schulentwicklung? als Schlüssel für eine erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus angesehen. Insbesondere das Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) ?Demokratie lernen und leben? sowie das Modellprojekt ?Demokratie in der Schule? versuchen Defizite und Leerstellen punktueller kurzzeitpädagogischer Maßnahmen in der schulischen Praxis der Rechtsextremismusprävention aufzugreifen.

Die Berliner Lehrerin und GEW-Kollegin Gabi Elverich zeigt in ihrer Dissertation ?Demokratische Schulentwicklung ? Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus in der Schule? (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011) die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Strategie auf, die die Institution Schule als Ganzes in den Blick nimmt und durch die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und eine Stärkung erfahrungsorientierten Lernens zur Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz beitragen soll.

Die Verbesserung von Schulkultur und Schulklima gelten als wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus. Demokratische Schulentwicklung als Konzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzt nicht nur auf die Entwicklung einer Kultur des Respekts und der Anerkennung, sondern auch auf die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Diese Programmatik erscheint plausibel und wird teilweise auch durch empirische Befunde gestützt. Meine Fallstudie verdeutlicht jedoch, dass sowohl das Konzept als auch der Umsetzungsprozess demokratischer Schulentwicklung in einer Schule mit rechtsextremen Tendenzen in der Schülerschaft Schieflagen mit sich bringen können. Die Ergebnisse verweisen auf Leerstellen, die einer theoretisch-konzeptionellen Schärfung bedürfen, um den Ansatz im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus weiter ausarbeiten zu können.

Konkreten Handlungsbedarf nicht vernachlässigen

Die Leerstellen auf der Ebene des Konzeptes beziehen sich vor allem auf die ungenaue Begriffsverwendung und das ungeklärte Verhältnis von Rechtsextremismus und Demokratie sowie auf die mangelnde Reflexion institutioneller Grenzen und Widersprüche. Wenn Schulen den Schwerpunkt auf Partizipation und Mitbestimmung als demokratische Beteiligungsformen legen und damit die Potenziale politischer Bildung und die Idee von Schule als Erfahrungsraum und Lernfeld für Demokratie betonen, vernachlässigen sie u. U. die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und Spannungsfeldern demokratischer Prinzipien. Zudem kann dieser Ansatz Gefahr laufen, restriktive strukturelle Beharrlichkeiten zu unterschätzen und institutionelle Widersprüche und Grenzen der schulischen Handlungsmöglichkeiten nicht adäquat zu reflektieren.

Auch positive Umsetzungserfahrungen demokratiebezogener Schulentwicklung, z. B. im Kontext des BLK-Programmes ?Demokratie lernen und leben?, lassen teilweise eine explizite Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen vermissen. Als Handlungsstrategie mit der expliziten Zielsetzung, eine Antwort auf Rechtsextremismus in der Schule zu finden, bedarf der Ansatz demokratischer Schulentwicklung jedoch einer Explizierung und Spezifizierung dieser Zielrichtung.
Die Forschungsergebnisse zeigen, wie der konkrete Handlungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen

Tendenzen in der Schule durch den breiten Fokus der Demokratie- und Qualitätsentwicklung aus dem Blickfeld geraten kann.

Dies lässt vermuten, dass der umgekehrte Weg, ausgehend von einer problemzentrierten und expliziten Bearbeitung rechtsextremer Ausdrucksformen im Schulalltag die Blickrichtung auf strukturelle und schulkulturelle Aspekte auszuweiten, der Bearbeitung des Ausgangsproblems adäquater Rechnung tragen würde. Analog zur politischen Kultur, die ?nur längerfristig und behutsam verändert werden? (1) kann, ist auch die Veränderung der Schulkultur durch ein kleinschrittiges Vorgehen und das Anknüpfen an vorhandene Strukturen und Problemlagen aussichtsreicher als die schnelle Veränderung des großen Ganzen.

Umgang mit der Einwanderungsgesellschaft

Dies würde bedeuten, die Entwicklung gezielter Handlungsstrategien stärker an den konkreten Herausforderungen des Schulalltags im Hinblick auf den Umgang mit rechtsextremen Tendenzen zu orientieren. Ausgehend von der Relevanz der Unterrichtsentwicklung, die in der Fallstudie aufgezeigt werden konnte, würde es sich anbieten, nicht nur im Zusammenhang mit projektbezogenem Lernen, sondern auch im Fachunterricht verstärkt nach konkreten Ansatzpunkten zur inhaltlichen Beschäftigung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themenbereichen zu suchen.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass Veränderungen auf der Ebene der Mitbestimmungsstrukturen nicht ausreichend sind für eine adäquate Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems. Schulkulturelle Veränderungen sind zwar als wichtige Voraussetzung für ein respektvolles Miteinander und die Ermöglichung von Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen anzusehen, sollten aber im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung einhergehen. Eine konsequente Form der Rechtsextremismusprävention erfordert deshalb auch einen offensiven Umgang mit Fragen und Themen der Einwanderungsgesellschaft wie Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Ausgrenzung, Migration, Flucht und Asyl, Diskriminierung und soziale Benachteiligung.

Die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie sollte deshalb auch die nähere Bestimmung der inhaltlichen Eckpunkte eines menschenrechtlich-demokratisch orientierten Gegenentwurfes zu rechtsextremen Denkwelten umfassen. Die Frage nach der Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft eignet sich besonders, um Unterscheidungsmerkmale zwischen einem menschenrechtlich-demokratischen und einem rechtsextremen Gesellschaftsmodell herauszuarbeiten. Der gesetzlichen Verankerung von Grundrechten und universellen Menschenrechten sowie der prinzipiellen Verhandelbarkeit gesellschaftlicher Regeln steht das rechtsextreme Modell der Volksgemeinschaft gegenüber, das nicht nur hierarchisch und autoritär strukturiert ist, sondern auch bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließt.

Demokratie nicht als abstraktes Ideal

Es ist deshalb gerade im Kontext der Rechtsextremismusprävention unerlässlich, auch mit den Spannungsfeldern und Dilemmata demokratischer Systeme offensiv umzugehen. Dies bedeutet im Hinblick auf die Verfassung und politische Realität der Bundesrepublik auch existierende Regelungen und Ausschlussmechanismen der Asyl- und Einwanderungspolitik, die im Widerspruch zur festgeschriebenen menschenrechtlich-demokratischen Orientierung stehen, zu reflektieren. Demokratie lernen als übergeordneter Bezugspunkt der Rechtsextremismusprävention kann nur dann seine Potenziale entfalten, wenn Demokratie nicht als abstraktes Ideal verklärt, sondern als komplexes und widersprüchliches Konzept begriffen wird, dessen konkrete Gestaltung permanent neu verhandelt und weiterentwickelt werden muss.

Beratung, Ausbildung und Selbstreflexion

Schulen, die das Thema offensiv aufgreifen wollen, können von der Beratung durch Expertinnen und Experten profitieren, die sowohl über die inhaltliche Expertise zu regionalen Ausprägungen des Rechtsextremismusproblems im schulischen Umfeld als auch über methodisches Wissen zur Begleitung und Moderation von Schulentwicklungsprozessen verfügen. Auch Kooperationen mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, eine verbesserte Vernetzung im Stadtteil und eine Verzahnung der Aktivitäten sind gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention. Dabei dürfen die Perspektiven und Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern innerhalb der widrigen strukturellen Rahmenbedingungen nicht ausgeblendet werden. Um die Umsetzung eines Konzeptes im Sinne der Entwicklung einer integrierten Gesamtstrategie gezielt abstimmen zu können, ist eine enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Erarbeitung der Vorgehensweise durch Beraterinnen, Berater und Lehrkräfte unumgänglich.

Dabei ist jedoch immer auch der gesellschaftliche Kontext der Institution Schule als Gelegenheitsstruktur für die Entwicklung von Gegenstrategien zu Rechtsextremismus zu berücksichtigen. Modellhafte Projekte und curriculare Veränderungen allein können keine umfassende Neuorientierung von Schule im Sinne der Gestaltung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft erzielen. Hierfür ist nicht nur die Veränderung des Selbstverständnisses von Schule nötig, sondern auch ?eine Bildungspolitik, die anerkennt, dass die Bundesrepublik offensiv als eine den Menschenrechten verpflichtete demokratische Einwanderungsgesellschaft zu gestalten ist? (2).

Zudem gilt es, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themen in der Ausund Weiterbildung zu institutionalisieren. Dies würde bedeuten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer mit den Themenfeldern Migration, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Menschenrechte theoretisch fundiert auseinandersetzen und auch in der methodischen Bearbeitung qualifizieren können. Dies umfasst auch die Anforderung, eigene Überzeugungen und Haltungen z. B. zur Einwanderung zu überdenken und den Umgang mit verschiedenen Formen von Diskriminierung im Schulalltag (selbst-)kritisch zu reflektieren.

Gabi Elverich

Dr. Gabi Elverich (Jg. 1972) war nach ihrem Lehramtsstudium wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hildesheim und beim Deutschen Jugendinstitut und hat an der Georg-August-Universität Göttingen promoviert. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und arbeitet als Lehrerin an der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln sowie in der außerschulischen Bildung im Bereich der Rechtsextremismusprävention.

Quellen

(1) Heinz Lynen von Berg und Roland Roth (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich 2003, S.15
(2) Ulrike Hormel, Albert Scherr: Perspektiven schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hg.): Rechte Netzwerke ? eine Gefahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S.199

Ideenwettbewerb gegen Rechts

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Schülerwettbewerb ins Leben gerufen, der Ideen gegen Rechtsextremismus fördern und auszeichnen will. Was können Schülerinnen und Schüler in ihrem Freundeskreis, an der Schule oder in ihrer Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung unternehmen? Welche Möglichkeiten gibt es im Internet, sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen? Mitmachen können alle Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren ? entweder einzeln oder als Gruppe oder Schulklasse. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt: Als Wettbewerbsbeitrag kann ein Video oder eine

Webseite gestaltet, eine Fotoreportage oder eine künstlerisch-kreative Arbeit erstellt oder ein interessanter Text geschrieben werden.
? weitere Infos unter: www.gerechte-sache.de

<- Back to: HLZ - auswählte Artikel